



Drucksachen-Nr.

6670/2020-2025

Datum:

26.08.2023

An den Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld

Antrag

Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Sozial- und Gesundheitsausschuss	29.08.2023	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Unterstützung der Stellungnahme der AGBI, um die geplante Reform SGB II und III im U25-Bereich abzuwenden (gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 21.08.2023) (TOP 4.2)

Text des Antrags:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss möge beschließen:

Der gemeinsame Antrag der Koalitionsfraktionen (Drs. 6650/2020-2025) wird wie folgt erweitert:

„Vorbehaltlich der Unabwendbarkeit der Reform ist seitens der Verwaltung in einem solchen Fall auf ein Übergangsmanagement hinzuwirken, welches dafür Sorge trägt, dass sich die Überleitung auf für die betroffenen jungen Menschen transparente und möglichst unkomplizierte Weise vollzieht. Hierfür sind – nach Möglichkeit in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit sowie den beteiligten Beschäftigungsinitiativen und entsprechenden Akteuren – gut verständliche Informationsangebote zu schaffen, die den Betroffenen zumindest einen Übergang ermöglichen, der so reibungslos wie möglich verläuft, und die sie damit nicht allein lassen.“

Begründung:

Aufgrund der bundespolitischen Zuständigkeit in dieser Frage und der auch in diesem Bereich erwartbaren Uneinigkeit der Ampel-Koalitionspartner auf Bundesebene muss damit gerechnet werden, dass die Reform nicht mehr abwendbar ist. Für diesen Fall sollte gewährleistet werden, dass der Übergang für die Betroffenen in einer Weise erfolgt, die ihnen diesen nicht noch unnötig schwerer macht als er ohnehin schon würde. Dies gilt umso mehr, als dass behördliche Vorgänge und Anforderungen für Bürger, gerade auch für junge

Menschen, ohnehin schon oft schwer nachzuvollziehen sind, was dann umso mehr für Umstellungen und Anpassungen von derart großem Ausmaß gilt. Jeder Betroffene muss ohne unnötige Umstände klare Antworten auf die folgenden Fragen erhalten können: „Was passiert nun, wo muss ich nun hin, was habe ich nun zu tun, wer ist mein Ansprechpartner und was habe ich nun zu erwarten?“

Unterschrift:

gez.

Dr. Florian Sander

Sozialpolitischer Sprecher der AfD-Ratsgruppe Bielefeld